

# Anträge von grundsätzlicher Bedeutung (§ 17 (5) Satzung)

**Antrag:** A.1.

Antragsteller/innen: Parteivorstand

**Der Parteitag möge beschließen:**

## 1 DIE LINKE - Partei in Bewegung

2 Die Gesellschaft ist im Umbruch, nicht nur in Deutschland. Etwas ist ins Rutschen gekommen.  
3 Europaweit vermischen sich Rechtspopulismus und die extreme Rechte. In diesen Zeiten des  
4 Rechtsrucks kommt der LINKEN eine besondere Verantwortung zu. Denn die Würde des Menschen  
5 steht in Frage und mit ihr die Demokratie, in der die Menschenwürde unantastbar sein sollte. Die  
6 Freiheitsrechte und der soziale Zusammenhalt werden angegriffen und mit ihnen die Solidarität.

7 Andere machen weiter wie bisher oder übernehmen sogar Deutungsmuster der Rechten.

8 Wir nehmen den Kampf um neue, fortschrittliche und linke Mehrheiten auf. Wir stellen uns dem  
9 Rechtsruck entgegen. Wir kämpfen gegen Rassismus, Nationalismus und gegen Unsicherheit und  
10 Hoffnungslosigkeit, die durch neoliberale Politik der Enteignung und Entrechtung vieler Menschen  
11 entstanden sind. Wenn die herrschende Politik sich nicht bewegt, müssen wir die Politik bewegen, als  
12 Partei in Bewegung.

13 Wir zeigen, dass es gemeinsame Interessen der Mehrheit der Menschen in diesem Land gibt. Und  
14 gemeinsame Gegner: die Superreichen und Konzerneigentümer und ihre machtvollen Verbündeten.  
15 100 Jahre nach der deutschen Revolution, 200 Jahre nach Marx' Geburt erinnern wir daran:  
16 Gesellschaft wird von unten verändert. Von den vielen Menschen, die sich mit den Gegebenheiten  
17 nicht mehr abfinden und ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen. Wir gehören zu ihnen, wir sind  
18 Teil von ihnen.

19 Viele Menschen lesen von den Rekordgewinnen der deutschen Wirtschaft – während sie im  
20 überfüllten Wartezimmer beim Arzt sitzen oder auf den Bus warten, der mal wieder zu spät kommt und  
21 in dem sie keinen Sitzplatz mehr finden werden. Sie quälen sich mit der Entscheidung, ob sie ihre  
22 kranke Mutter einem übervollen Pflegeheim anvertrauen können. Sie lesen über die Profite der großen  
23 Krankenhauskonzerne und wissen, dass in ihrem Krankenhaus gerade die Geburtsstation geschlossen  
24 wurde: »rentiert sich nicht«. Sie haben Angst vor der nächsten Mieterhöhung, denn wo wird man dann  
25 eine neue Wohnung finden? Weltweit konzentriert sich der Reichtum der Welt in wenigen Händen: 46  
26 Männer besitzen so viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Unverhohlen werden Handels-  
27 und Profitinteressen mit Macht vertreten, wird mit Krieg und Atomwaffen gedroht. Die  
28 Bundesregierung treibt die Ausgaben für Rüstung und Bundeswehr in die Höhe, während am Ort die  
29 öffentliche Bibliothek schließt und der W-LAN-Empfang mal wieder nicht funktioniert. Viele Menschen  
30 sagen »wir sind zufrieden« und meinen »wenn nichts passiert, kommen wir über die Runden«. Wenn  
31 die Waschmaschine nicht ausläuft, wenn die Miete nicht erhöht wird, wenn die Rente mit Zeitung  
32 austragen aufgestockt werden kann. Fast die Hälfte von ihnen verdient heute real weniger als vor 20  
33 Jahren: Alles ist teurer geworden.

34 Viele wissen, dass es auch nicht reichen wird, wenn nichts Unvorhergesehenes passiert. Dass sie sich  
35 zum Ende des Monats bei der Tafel anstellen müssen oder die Kinder nicht auf die Klassenfahrt  
36 schicken können. Diese Regierung wird daran nichts ändern. In die Poren des Alltags vieler Menschen  
37 ist die Sorge um die Zukunft eingezogen. Die Regierung ändert daran nichts. Und viele Menschen

38 haben die Hoffnung aufgegeben, dass ihre täglichen Sorgen im Mittelpunkt von politischen  
39 Entscheidungen stehen könnten. Das ist der Hintergrund für die Krise der »Volksparteien«, die Krise  
40 des politischen Systems.

41 Die SPD stellt den Koalitionsvertrag als Neuanfang dar. Tatsächlich werden an keiner Stelle die  
42 Voraussetzungen des neoliberalen Kapitalismus verschoben: Die Interessen der Automobilindustrie  
43 bestimmen weiter die Verkehrspolitik. Der Koalitionsvertrag spricht in warmen Worten über Europa.  
44 Aber was die Regierung vorhat, löst nicht die Krise in Europa. Es ist ein Weiter so. Die ungleiche  
45 wirtschaftliche Entwicklung wird durch die gewaltigen Exportüberschüsse von Deutschland weiter  
46 verschärft. Sie lähmt viele unserer europäischen Nachbarländer. Trotzdem setzt die Regierung  
47 ungebrochen auf das »Exportmodell«: niedrige Löhne, niedrige Steuern für Unternehmen, niedrige  
48 Ausgaben für Infrastruktur und Soziales. Die internationale Konkurrenz wird weiter befeuert. Das setzt  
49 die Löhne und Lebensbedingungen in anderen Ländern unter Druck.

50 Die Regierungskoalition ist nach rechts gerückt. CDU und CSU haben sich durchgesetzt in Sachen  
51 Militär, innere Sicherheit, beim Ausbau der Überwachung der Bevölkerung, mit dem bayerischen  
52 Verständnis von Grund- und Freiheitsrechten.

53 Mit den alten Verfechtern der Agenda2010 kommen kein höherer Mindestlohn, keine schärferen  
54 Kontrollen für den Mindestlohn, kein Ende der sachgrundlosen Befristungen, mehr Midi-Jobs und  
55 damit prekäre Beschäftigung, keine Umwandlung von Leiharbeit in gute Arbeit, keine armutsfeste  
56 Rente, keine Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze, keine Abmilderung, geschweige denn eine  
57 Abschaffung der Hartz-IV-Sanktionen. Bei Tafeln anstellen und Flaschen sammeln wird für viele weiter  
58 lebensnotwendig sein. Und sie werden von der Regierungsbank als faul und verwöhnt beschimpft.  
59 Und: Es wird keine Anerkennung der Lebensleistung im Osten geben, keine Angleichung von Renten  
60 und Löhnen, keine Investitionen in abgehängte Regionen nicht nur im Osten.

61 Was kommen wird: eine Obergrenze für Geflüchtete und damit ein Bruch der Genfer  
62 Flüchtlingskonvention, auch wenn das Gegenteil behauptet wird – ein Einknicken vor AfD und CSU.  
63 Keine Abrüstung, sondern Aufrüstung, kein friedliches und soziales Europa, sondern ein Europa der  
64 Rüstung und der Grenzzäune, gemeinsame Militär- und Sicherheitspolitik. Deutschland, das starke  
65 Land in der EU, treibt damit die Militarisierung weiter auf das 2-Prozent-Ziel der NATO zu. Die  
66 Bundeswehr wird weiter in Auslandseinsätze geschickt. Das Sterben der Flüchtenden im Mittelmeer  
67 wird nicht enden, es wird höchstens verlagert.

68 Die schwarze Null wird weiter zementiert werden. Keine Umverteilung, keine solidarische  
69 Gesundheitsversicherung für alle, keine Pflegevollversicherung, keine Garantie, dass die Miete nicht  
70 arm macht, keine Spekulationsbremse. Die Regierung hat keinen Plan für einen Aufbruch in  
71 strukturschwachen Regionen und eröffnet keine Perspektive für Ostdeutschland. Beim sozialen  
72 Wohnungsbau, in der Pflege, überall, wo es darum geht, mit der öffentlichen Daseinsvorsorge das  
73 Leben der Menschen besser zu machen und die Grundlage für das Gemeinsame und Demokratie zu  
74 legen: Was die Regierung plant, ist zu wenig – oder nur warme Worte.

75 Manche müssen sich keine Sorgen machen: Großunternehmen, Krankenhauskonzerne, Hedge-Fonds  
76 und die Immobilienwirtschaft, Auto- und Rüstungsindustrie, Millionäre und Milliardäre. Ihnen wird die  
77 Politik der Regierung weiter unter die Arme greifen. Hier bleibt alles beim Alten.

78 Durch das politische System weht der Geist von Anpassung und Akzeptanz der Gegebenheiten: Keine  
79 Vision, kein Veränderungswille. ‚So geht nun mal Politik‘, sagen die Grünen, wenn sie das Grenzregime  
80 Europa akzeptieren; sagen die Sozialdemokraten, wenn sie akzeptieren, dass die Schere zwischen  
81 Arm und Reich immer weiter aufgeht; sagt die Union, wenn sie die Klimaziele in den Wind schreibt.  
82 Wer will sich schon mit der Automobilindustrie anlegen. Wer will schon darüber nachdenken, wie gute  
83 Arbeitsplätze gesichert werden können und wie – gleichzeitig – der öffentliche Nahverkehr zum  
84 Nulltarif organisiert werden kann, wie das Klima gerettet werden kann – in einem Zeitrahmen, in dem  
85 es noch etwas zu retten gibt.

86 Für eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt, müssen wir bereit sein, Konflikte einzugehen und  
87 über das Bestehende und den Kapitalismus hinaus zu denken. Die Entwicklung des

88 Wohnungsmarktes, der Notstand in der Pflege zeigen die Unmenschlichkeit der kapitalistischen Logik,  
89 die Profite für wenige an die erste Stelle setzt.

90 Wir kämpfen nicht nur um ein Stück vom Kuchen, wir wollen die ganze Bäckerei – für alle. Wir  
91 kämpfen gegen Werkverträge und für kurze Vollzeit für alle, für ein neues Normalarbeitsverhältnis; für  
92 den Erhalt von Sozialwohnungen und Krankenhäusern und dass Wohnungsbauunternehmen,  
93 Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen nicht an die Börse dürfen. Sie müssen Markt und Profistreben  
94 entzogen und am Bedarf der Bevölkerung ausgerichtet werden. Wir kämpfen für einen kostenfreien  
95 Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und für öffentliches oder genossenschaftliches,  
96 gemeinnütziges Eigentum: Was für alle da ist, muss allen gehören. Wir kämpfen für eine ökologisch  
97 verträgliche Wirtschaft und dafür, dass die Wirtschaft demokratisiert wird. Nicht der Profit, die  
98 Menschen müssen im Mittelpunkt stehen.

99 In diesem Jahr liegt der Wechsel von Helmut Kohl zu einer SPD-Grünen-Regierung 20 Jahre zurück.  
100 Wer den Wechsel erlebt hat, erinnert sich an Hoffnung, an Aufbruchsstimmung und Lust auf  
101 Veränderung. Was kam, enttäuschte nicht nur diese Hoffnungen. Es begann die Erschütterung der  
102 Politik insgesamt. Eine Erschütterung der Gewissheit, dass sich harte Arbeit in soziale Sicherheit  
103 übersetzt, dass es den Kindern besser gehen wird. Die Folge: mehr Reiche und mehr Arme. Die  
104 »Mitte«, auf die sich jetzt auch SPD und Grüne bezogen, schrumpfte. Und es gab weniger, was allen  
105 gehörte und für alle da war. Agenda 2010, Privatisierung und Profitorientierung in allen  
106 Lebensbereichen haben dem ein Ende gemacht. Und so ist es bis heute geblieben. Wer das  
107 Gemeineigentum, die öffentlichen Dienstleistungen, die sozialen Strukturen der Gesellschaft  
108 schwächt, der schwächt auch die Demokratie.

109 Was sich geändert hat: Der Sozialdemokratie sind nach links und nach rechts die Anhänger  
110 weggelaufen. Die Grünen konzentrieren sich auf grünen Kapitalismus, den sie auch gern mit CDU und  
111 FDP realisieren wollen. Nach Jahren der Mehrheit von SPD, Grünen und LINKEN im Parlament, die der  
112 neoliberalen Regierungskoalition geopfert wurde, gibt es diese Mehrheit heute nicht mehr.

113 Für DIE LINKE heißt das: Wir müssen um andere gesellschaftliche Mehrheiten kämpfen. Wir müssen  
114 den gesellschaftlichen Boden bestellen für andere Mehrheiten auch im Parlament. Wir wissen: Was wir  
115 erreichen können – ob in der Opposition oder in Rathäusern und Landesregierungen – hängt davon ab,  
116 ob wir die Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft insgesamt verschieben können.

117 Die Lust auf Veränderung, der Glaube, selbst etwas verändern zu können, die Hoffnung auf eine Welt,  
118 in der Menschen wichtiger sind als Profite, sind lebendig. Sie leben in tausenden und abertausenden  
119 Menschen, die in Bewegungen und Initiativen aktiv sind, die sich in den Kommunen in den Rathäusern  
120 engagieren, die den großen Wohnungsbau-Unternehmen den Kampf ansagen und sich gegen  
121 Verdrängung und Mietwucher stellen, die für höhere Löhne und gute Schulen, für gleiche Rechte für  
122 Frauen, für Frieden, Abrüstung und eine solidarische Gesellschaft streiten. Sie streiken für  
123 Arbeitszeiten, die nicht krank machen und zum Leben passen. Sie ziehen die Notbremse, wenn sie  
124 sehen, dass die Pflege am Boden liegt. Sie stellen sich Rassismus und rechter Hetze in den Weg. Sie  
125 protestieren gegen Aufrüstung und Atomwaffen. Sie füllen mit ihrer praktischen Solidarität die großen  
126 Lücken, die in unserem Sozialstaat klaffen. Das ist der Kern und das Herz der LINKEN. Aus diesen  
127 Bewegungen sind wir entstanden, sie sind in unsere DNA eingeschrieben.

128 Veränderung wird es nicht geben, ohne dass wir gemeinsam Druck machen, uns bewegen und die  
129 Verhältnisse in Bewegung bringen. Dann können wir auch wieder über linke Mehrheiten im Bundestag  
130 sprechen.

131 Auch in Europa verändern sich die politischen Verhältnisse grundlegend. Neue Bewegungen lassen  
132 das traditionelle Parteiensystem aus den Fugen geraten. Rechte Parteien machen sich den Unmut  
133 über die neoliberale Politik für Nationalismus und Rassismus zunutze. Die sozialdemokratischen  
134 Parteien sind in der Krise, wo sie die Vertretung der Interessen der Beschäftigten und der großen  
135 Mehrheit der Bevölkerung zu Gunsten von Austerität und Neoliberalismus aufgegeben haben. Aber mit  
136 einer entschlossenen linken Politik lässt sich die Entwicklung aufhalten.

137 Die gesellschaftlichen und politischen Umbrüche bieten auch die Chance für eine andere Politik, die  
138 auf soziale, ökologische, demokratische, integrative und friedliche Umgestaltung setzt. Die Linke in  
139 Europa muss ein Gegenpol gegen neoliberale Politik und gegen nationalistische und rassistische  
140 Politik der Rechten werden. Das wird nur gelingen, wenn wir eine gemeinsame politische Plattform  
141 schaffen und die Zersplitterung der Linken in Europa überwinden. DIE LINKE wird für eine vereinte  
142 europäische Linke streiten.

143 Die Rechten kämpfen gegen gleiche Rechte für Frauen und Männer, Deutsche und Nicht-Deutsche,  
144 gegen vielfältige Kulturen von Menschen unterschiedlicher Herkunft oder unterschiedlicher  
145 Lebensentwürfe. Sie kämpfen gegen Geflüchtete und gegen soziale Gerechtigkeit. Sie finden  
146 Unterstützung bei denen, die ihren radikalisierten Neoliberalismus teilen – weil sie sowieso auf der  
147 Gewinnerseite stehen. Und bei Menschen, deren Leben sie nicht verbessern würden. Ihnen bieten sie  
148 Sündenböcke und das falsche Versprechen einer nationalistischen Antwort, die sich sozial gibt und  
149 auf der Lüge aufbaut, dass es ihnen besser geht, wenn es anderen schlechter geht.

150 Der Erfolg der Rechten gedeiht auf dem Nährboden von sozialer Kälte und Rassismus, auf der  
151 Aushöhlung der Demokratie und der Verarmung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Jahrelang haben die  
152 Menschen erfahren, dass öffentliche Gelder nur im Konkurrenzkampf verteilt werden: für die  
153 Bibliothek **oder** den Sportplatz, für die Schule **oder** den öffentlichen Nahverkehr – für Geflüchtete  
154 **oder** für die einheimische Bevölkerung. Diesen falschen Gegensätzen stellen wir uns entgegen. Wir  
155 wehren uns dagegen, dass die Bedürfnisse der Menschen gegeneinander ausgespielt werden. Eine  
156 soziale Offensive für alle ist möglich und finanzierbar. Wer die Rechte und Lebensansprüche eines  
157 Teils der Bevölkerung verletzt, weil sie keine Arbeit haben oder nicht in Deutschland geboren sind, der  
158 verbessert nicht die Lage der anderen, sondern verschlechtert sie für alle und beschädigt die  
159 Demokratie.

160 Wer die Rechten bekämpfen will, darf ihren Forderungen und ihren Redeweisen nicht nachgegeben.  
161 Ganz im Gegenteil, wir müssen dagegenhalten. Dass die Regierung das Asylrecht abbaut, den  
162 Familiennachzug beschränkt und die Absurdität der Konstruktion der »sicheren Herkunftsländer«  
163 dadurch belegt, dass als »sicher« nun auch Afghanistan und andere Staaten gelten, in denen angeblich  
164 die Bundeswehr dringend für Sicherheit sorgen muss – all das stärkt die Rechten. Wer ihrer Forderung  
165 nach einer Obergrenze nachkommt oder ganze Religionsgemeinschaften mit Terrorismus in  
166 Verbindung bringt, wer so tut, als wäre eines der reichsten Länder nicht in der Lage, die Bedürfnisse  
167 der gesamten Bevölkerung angemessen zu sichern, der normalisiert die Rechten und lässt ihre  
168 Forderungen legitim oder diskutabel erscheinen.

169 DIE LINKE zieht hier eine klare Linie: Wir stellen uns dem Rechtsruck entgegen. Wir kämpfen gegen  
170 Rassismus. Wir kämpfen gegen Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus und jede andere Form  
171 von Rassismus. Wir kämpfen gegen die sozialen Ursachen des Rechtspopulismus und gegen die  
172 neoliberale Hoffnungslosigkeit. Gegen die Lügen, die fake news, die Zerstörung der öffentlichen  
173 Debatte und der Demokratie – ob sie von Rechten ausgehen oder von der herrschenden Politik.

174 DIE LINKE hat von Beginn an die Politik zu Flucht und Grenzen an dem Dreiklang orientiert:  
175 1. Wir wollen Fluchtursachen bekämpfen durch einen sofortigen Stopp von Waffenexporten und  
176 friedliche Konfliktlösungen. Und wir treten für eine gerechte Weltwirtschaft ein und für eine  
177 Entwicklungszusammenarbeit, die das Leben der Menschen vor Ort verbessert, statt den Interessen  
178 der deutschen Wirtschaft zu dienen.  
179 2. Wir wollen das Sterben im Mittelmeer und an den europäischen Außengrenzen beenden. Dafür  
180 brauchen wir sichere, legale Fluchtwege, offene Grenzen und ein menschenwürdiges, faires System  
181 der Aufnahme von Geflüchteten und einen Lastenausgleich in Europa. Statt Abschiebung wollen wir  
182 Bleiberechte für Menschen und statt Familien auseinanderzureißen wollen wir sie zusammenführen.  
183 3. Wir wollen eine soziale Offensive, die das Leben für alle Menschen in Deutschland besser macht:  
184 mit bezahlbarem Wohnraum, guter Bildung und Arbeit. Wir wollen die Demokratie stärken: Millionen  
185 Menschen in Deutschland dürfen nicht wählen. Grundlegende Rechte, Zugang zu Arbeit, bleiben ihnen  
186 verwehrt. Integration geht anders. Menschen, die derzeit keine Aufenthaltsbewilligung haben und in  
187 Rechtlosigkeit und Illegalität gedrängt werden, sollen eine unbefristete Aufenthalts- und

188 Arbeitserlaubnis erhalten, um ein geregeltes Leben in Würde führen zu können. Nicht der Pass,  
189 sondern die Menschen stehen im Vordergrund: Wir streiten für gleiche Rechte für alle, die hier leben.

190 Viele Menschen haben das Gefühl, dass sie nicht bekommen, was ihnen zusteht. Sie haben recht.  
191 Aber immer war es Mittel der Herrschaft, verschiedene Gruppen gegeneinander auszuspielen: Prekäre  
192 gegen Kernbelegschaft, Aufstockende gegen Langzeiterwerbslose, Erwerbslose gegen illegalisierte  
193 Migranten. Unser Kampf gilt dem Kapitalismus, der die Menschen in Konkurrenz gegeneinander stellt.  
194 DIE LINKE zeigt, dass es gemeinsame soziale und ökonomische Interessen gibt. Und gemeinsame  
195 Gegner in den Mächtigen, den großen Konzernen, den Superreichen. Für uns teilen sich die Menschen  
196 nicht in Deutsche und Nicht-Deutsche, sondern wir sehen Mieterinnen und Mieter auf der einen,  
197 Miethaie und Spekulanten auf der anderen Seite. Wir sehen Menschen, die sich für einen Hungerlohn  
198 die schwerste Arbeit aufbürden und solche, die ihre Gewinne auf Kosten dieser Beschäftigten in die  
199 Höhe treiben. Leiharbeiter und Kernbelegschaften, Erwerbslose und Beschäftigte, Mieter und der  
200 kleine Laden um die Ecke: Sie haben gemeinsame Interessen, gemeinsame Ziele und kämpfen doch  
201 oft getrennt. Die gemeinsamen Ursachen ihrer Probleme liegen in der Entwertung von Arbeit,  
202 Privatisierung von Gemeineigentum und öffentlicher Daseinsvorsorge, Entfesselung der Märkte und in  
203 der Entsicherung des Sozialstaates. Sie sind Ergebnisse der neoliberalen Politik der vergangenen 25  
204 Jahre, die die Grundfesten unserer Gesellschaft erschüttert haben.

205 Diese Grundfesten einer sozialen und demokratischen Gesellschaft müssen neu hergestellt werden. In  
206 allen Regionen unseres Landes, in starken wie schwachen. Nicht durch Pflästerchen und  
207 Beruhigungspillen. Wir wissen, dass die Löhne nur ausreichend und für alle steigen, wenn die  
208 Menschen sich wehren können, ohne Angst vor Hartz-IV-Sanktionen, Kündigung oder Ausweisung zu  
209 haben. Dass die Löhne nur für ein gutes Leben reichen, wenn sie nicht von explodierenden Mieten  
210 aufgeessen werden. Dass Wohnen nur bezahlbar wird, wenn die Mieten sinken und ausreichend in  
211 sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau investiert und die Spekulation eingedämmt wird. Dass nur  
212 ausreichend investiert werden kann, wenn hohe Vermögen und Erbschaften besteuert werden und  
213 wenn Schuldenbremse und schwarze Null fallen.

214 Für eine soziale, friedliche und gerechte Gesellschaftsordnung brauchen wir einen grundlegenden  
215 Richtungswechsel, einen ganz neuen Weg. Wir streiten für einen demokratischen Sozialismus, in der  
216 der Bedarf von Menschen und Natur und nicht von Konkurrenz und Profit Triebfeder der Entwicklung  
217 ist. Wir haben im letzten Jahr ein Wahlprogramm verabschiedet, das die Grundlage für unsere Arbeit in  
218 den kommenden Jahren sein wird.

219 Sechs Kampffelder werden wir besonders in den Vordergrund stellen:

- 220 1. Den Kampf um mehr Zeit zum Leben und dass das Recht auf gute Arbeit zu einer neue Normalität  
221 wird. Wir verbinden uns mit denen, die eine 30-Stunden-Woche auf die Agenda setzen, mit vollem  
222 Lohn- und notwendigem Personalausgleich. Wir kämpfen für mehr Personal statt Dauerstress und  
223 Überstunden. Wir fordern deutlich höhere Löhne und unterstützen die gewerkschaftlichen Kämpfe  
224 für kräftige Tariferhöhungen. Und die Arbeit mit Menschen muss endlich aufgewertet werden.
- 225 2. Wir verteidigen die sozialen Garantien des Lebens. Wir verbinden uns mit allen, die Ungleichheit  
226 bekämpfen und Armut abschaffen wollen. Mit allen, die für eine armutsfeste Rente streiten, die  
227 den Lebensstandard sichert, und für eine bedarfsdeckende sanktionsfreien Mindestsicherung statt  
228 Hartz IV. Mit allen, die Tafeln in unserem Land überflüssig machen wollen.
- 229 3. Wir kämpfen für gerechte Teilhabe für alle, die hier leben, gegen Rassismus und Diskriminierung.  
230 Für ein gutes Leben für alle und eine inklusive Gesellschaft. Wir stellen uns gegen eine Verschär-  
231 fung des Aufenthaltsrechtes und wollen das Asylrecht ausbauen. Abschiebegefängnissen und den  
232 Plänen für Abschiebezentren stellen wir uns entgegen.  
233 Wir wollen Migrantinnen und Migranten nach drei Jahren legalem Aufenthalt in der Bundesrepublik  
234 einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung ermöglichen. Wir fordern eine Initiative zur Legalisierung  
235 von illegalisierten Menschen. Sie sollen eine unbefristete Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis erhal-  
236 ten, um ein geregeltes Leben in Würde führen zu können. Eine Einwanderungs- und Integrationspo-  
237 litik, die Rechte danach vergibt, ob Menschen den richtigen Pass haben oder als »nützlich« für Un-

- 238        ternehmen gelten, lehnen wir ab. Stattdessen wollen wir eine solidarische Einwanderungsgesellschaft.  
239
- 240    4. Wir kämpfen für eine öffentliche Daseinsvorsorge, die Menschen vor Profite stellt und die Demokratie stärkt. In der Stadt und auf dem Land. Zusammen mit allen, die für bezahlbare Mieten streiten und die sich Miethaien und Spekulation in den Weg stellen. Wir kämpfen für bezahlbaren Wohnraum und dafür, dass der soziale und gemeinnützige Wohnungsbau auch nach 2019 in Bundesverantwortung weitergeführt wird, sodass jährlich 250 000 zusätzliche Sozialwohnungen entstehen. Mit Wohnungen darf nicht an der Börse gehandelt werden.  
241        Wir kämpfen mit denen, die dafür sorgen wollen, dass Gesundheit keine Ware ist und gute Pflege nicht dem Profit geopfert wird. Für 100 000 Pflegekräfte in den Krankenhäusern; für mindestens 40 000 zusätzliche Stellen in der Altenpflege und eine bedarfsgerechte Personalbemessung in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen.  
242        Wir kämpfen für eine Schule für alle und gute Bildung, die soziale Ungleichheiten bekämpft und nicht verstärkt.  
243          
244          
245          
246          
247          
248          
249          
250          
251
- 252    5. Wir wollen einen sozial gerechten ökologischen Umbau der Wirtschaft und einen wirksamen Klimaschutz. Investitionen in Bildung, Erziehung Gesundheit, Infrastruktur und Digitalisierung verbessern den Alltag und schaffen Arbeitsplätze.  
253          
254          
255        Statt auf Exportüberschüsse setzen wir darauf, den Binnenmarkt zu stärken und das Leben der Menschen zu verbessern: durch höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen, mehr und bessere Arbeitsplätze, mehr öffentliche Investitionen und mehr Sozialleistungen.  
256        Wir kämpfen mit allen, die ändern wollen, was wir wie und für wen produzieren und die in den Vordergrund stellen: was nützt den Menschen, was nützt der Natur. Damit wir in den Städten wieder atmen können, kämpfen wir mit allen, die sich für öffentlichen Verkehr zum Nulltarif einsetzen und den Nahverkehr ausbauen und wieder in die öffentliche Hand bringen wollen. Mit allen, die wissen, dass wir den Klimaschutz nicht auf später verschieben können, sondern jetzt eine ökologische Verkehrswende und erneuerbare Energien brauchen. Wir holen Energieversorgung wieder in die Kommunen und drängen Privatisierung zurück.  
257        Wir kämpfen mit allen, die den Osten nicht aufgeben und um lebenswerte Perspektiven in ihren Regionen kämpfen. Wir starten ein Zukunftsprojekt Ost und fördern regionale Kreisläufe in der Wirtschaft. Wir schaffen mit einer Infrastruktur-Offensive Perspektiven für abgehängte Regionen – nicht nur in Ostdeutschland.  
258        Wir stehen an der Seite aller, die sich dafür einsetzen, dass die Diskriminierung der Ostdeutschen bei Löhnen und Renten aufhört.  
259          
260          
261          
262          
263          
264          
265          
266          
267          
268
- 271    6. Zusammen mit allen, die sich für Frieden einsetzen, streiten wir für das Verbot von Waffenexporten und Atomwaffen. Wir kämpfen für Abrüstung statt Aufrüstung und gegen die Pläne, die Ausgaben für Rüstung und Militär annähernd zu verdoppeln. Geld für Kitas, Klimaschutz und Öffentlichen Nahverkehr statt für Panzer! Wir stehen an der Seite von Eltern und jungen Leuten, die Werber der Bundeswehr aus den Schulen, Kitas und Hochschulen verweisen wollen. Wir streiten für eine friedliche Außenpolitik ohne Auslandseinsätze der Bundeswehr. Für eine Entspannungspolitik mit Russland statt der Konfrontation durch die NATO; gegen die Militarisierung der EU und für ein friedliches Europa.  
272          
273          
274          
275          
276          
277          
278
- 279    All das kann nur erreicht werden, wenn es einen wirklichen Richtungswechsel gibt. Der Reichtum in unserer Gesellschaft ist gewachsen und er ist ungleicher verteilt. Wir wollen ihn anders und gerecht verteilen: von oben nach unten, von privatem zu öffentlichem Reichtum, von den Profiten der Unternehmen zu guten Löhnen für alle: Damit die Altenpflegerin besser bezahlt werden kann, damit die Busse auch auf dem Land wieder häufiger fahren, damit wir mehr bezahlbare Wohnungen schaffen können.  
280          
281          
282          
283          
284
- 285    Der Richtungswechsel kann nicht von einer Partei oder Parteien allein geschafft werden. Dafür brauchen wir einen gesellschaftlichen Aufbruch. Den werden wir auf den Weg bringen, bestärken, organisieren. Wir können es nicht stellvertretend tun, nur gemeinsam. Wir können nicht warten, dass  
286          
287

288 andere die Gesellschaft ändern, wir müssen es selber tun. Und wir sind bereit dazu. DIE LINKE ist in  
289 Bewegung.

290 DIE LINKE ist gewachsen. Wir haben tausende Mitglieder gewonnen, die Mehrheit von ihnen ist jung.  
291 Die Mitglieder der LINKEN sind unser Rückgrat und unsere Stärke. »Basis« heißt, dass die Partei auf  
292 ihren Mitgliedern aufbaut, von unten nach oben. Sie, wir, entscheiden über Forderungen und  
293 Programme, über Ziele und Ausrichtung der LINKEN. Das macht unsere demokratische sozialistische  
294 Partei aus. Die Mitglieder mischen sich ein, sie kümmern sich und kämpfen, streiten und helfen, sie  
295 wirken in den Rathäusern und Vereinen, auf der Straße und in Beratungsstellen. Wir tragen unsere  
296 Forderungen auf die Straße, in die Betriebe, in die Wahlkämpfe und in die Regierungen. Mit einer  
297 LINKEN in der Landesregierung Berlin werden zum Beispiel einkommensarme Kinder und Jugendliche  
298 freie Fahrt in Bus und Bahn haben. Wir kämpfen um die Rathäuser und die Landkreise.

299 Wir werden uns in den Nachbarschaften, den Krankenhäusern, in den Betrieben verankern und an der  
300 Seite der Menschen kämpfen und gemeinsam Druck nach links, für Frieden und soziale Gerechtigkeit  
301 machen. Und wir werden uns mit allen verbinden, die die Gesellschaft sozialer und gerechter machen  
302 wollen und sich dem Rechtsruck entgegenstellen, der auch die anderen Parteien erfasst hat.  
303 Nicht nur für den Aufstieg der Rechten gibt es viele Beispiele in Europa und auf der Welt. Auch für  
304 erfolgreichen Widerstand von links, für einen Wiederaufbau der Gegenwehr: Er beginnt mit einer  
305 klaren Sprache, die Gegner benennt. Er beginnt mit Gesprächen im Alltag und an den Haustüren. Er  
306 beginnt mit einer Politik, die Widerstand organisiert, in dem die Menschen die Erfahrung machen, dass  
307 sie selbst ihre Welt verändern können.

308 Wir machen uns von hier aus auf zu einer Kampagne für 100 000 Pflegekräfte mehr. Wir starten in  
309 eine Offensive für bezahlbaren Wohnraum: Mindestens 250 000 Sozialwohnungen im Jahr müssen  
310 zusätzlich entstehen. Wir stehen auf mit vielen Menschen gemeinsam gegen Rassismus. Wir schaffen  
311 ein Bollwerk der Solidarität gegen rechts. Wir organisieren den Widerstand in einkommensarmen  
312 Wohngebieten.

313 Partei und Bewegung sind kein Gegensatz. Wir sind eine Bewegungspartei. Wir wollen in Wahlen  
314 stärker werden und setzen auf die vielen, die in der Gesellschaft etwas bewegen wollen. Wir kämpfen  
315 für gute Wahlergebnisse. Wir kämpfen mit ganzer Kraft darum, in den Landtag von Bayern einzuziehen.  
316 Wir werden wieder und stärker in den hessischen Landtag einziehen. In die Wahlen 2019 in Bremen,  
317 Brandenburg, Sachsen und Thüringen, die Wahlen zum Europaparlament wie die Kommunalwahlen  
318 ziehen wir mit vollem Schwung. Wir haben Erfolge zu verteidigen und zu erringen. Wir werben um die  
319 Stimmen der Menschen. Nicht, damit sie sie an uns abgeben, sondern damit wir sie gemeinsam  
320 erheben können. Wir wollen laut werden und uns Gehör verschaffen. Wir organisieren Proteste und  
321 Widerstand in den Nachbarschaften, auf der Straße, in den Krankenhäusern, vor den Unternehmen,  
322 JobCentern, Pflegeheimen, Kitas und Universitäten.

323 Wir laden alle ein, mit uns diese Kämpfe zu führen. In der LINKEN und mit der LINKEN. Wir sind die  
324 soziale, ökologische, friedliche und demokratische Alternative. Wir sind Partei in Bewegung.